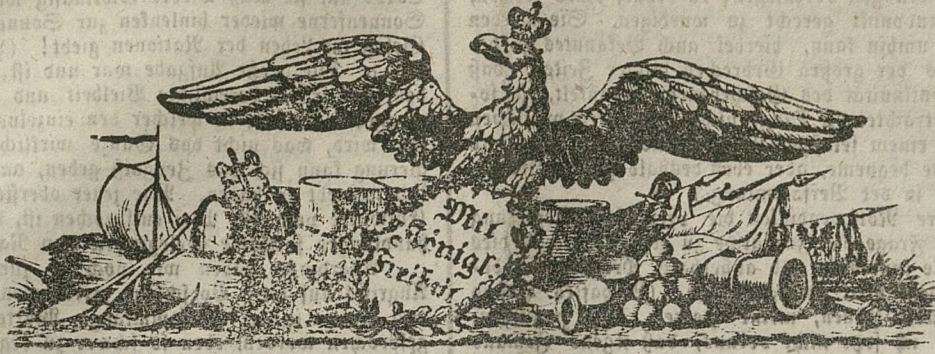


# Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle  
resp. Postämter nehmen  
Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis  
pro Quartal  
25 Silbergroschen,  
in allen Provinzen  
der Preussischen Monarchie  
1 Thlr. 1/4 sgr.

Expedition:  
Krautmarkt No. 1053.

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 74. Donnerstag, den 28. März, 1850.

Da mit dem 1. April 1850 ein neues Abonnement auf unsere Zeitung beginnt, so werden die geehrten Leser derselben ersucht, ihren Pränumerationschein bald gefälligst in unserer Expedition, Krautmarkt No. 1053, erneuern zu wollen. Der Pränumerationspreis für die Zeitung incl. Provinzial-Anzeiger beträgt pro Quartal 25 Sgr., für auswärtige Abonnenten 1 Thlr. 1/4 Sgr.

Wer auf den Provinzial-Anzeiger besonders zu abonniren wünscht, zahlt monatlich in unserer Expedition 1 1/2 Sgr., frei ins Haus geliefert 2 1/2 Sgr.

Insertionen im Provinzial-Anzeiger: 6 Pf. die Petitzeile, größere Schriftsorten werden nach dem Raum berechnet.  
Die Redaction.

Berlin, vom 27. März.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Kreis-Deputirten und Rittergutsbesitzer Kummer auf Groß-Kosslau, Kreis Neidenburg, dem Rector am Gymnasium zu Görlitz, Professor Dr. Anton, und dem Regierungs-Sekretair, Kanzlei-Rath Gleis zu Breslau, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Polizei-Kommissarius Bierling zu Riegnitz und dem Kanzlei-Diener Brandt bei dem Bergamte zu Bochum das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Geheimen Ober-Finanz-Rath Natan zum Director und den Geheimen Finanz-Rath Noack zum Mitgliede der Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden zu ernennen; und dem diensttuenden Cavalier Sr. Durchlaucht des Fürsten Karl von Hohenzollern, Freiherrn von Gaisberg, die Kammerherrn-Würde zu verleihen.

Deutschland.

Berlin, 26. März. Die Verlach-Stahlsche Fraktion hat sich noch nicht über ein Programm zu einigen vermocht.

— In Kiel ist der 24. d. M. als Erinnerungstag an die Erhebung gegen fremdländische Willkür, feierlich begangen worden.

— Die zweite badische Kammer hat die Verlegung badischer Truppen nach Preußen mit großer Stimmenmehrheit genehmigt.

— Der wieder hergestellte Maltbeser-Orden hat, wie aus Wien berichtet wird, von seinem früher geübten Souveränitätsrechte, Gesandte zu ernennen, neuerdings Gebrauch gemacht. (D. N.)

— Die Wahlen für die Provinz Posen zum deutschen Volkshause sind jetzt sämtlich vollzogen und sämtliche Wahlverhandlungen dem Verwaltungsrathe in Erfurt zugesandt worden. Die Einverleibung der Provinz in den deutschen Bundesstaat ist so nach eine vollendete Thatsache. (C. C.)

Berlin, 27. März. Die preussische Regierung soll dem dänischen Bevollmächtigten das Ultimatum über die Friedensgrundlagen zugestellt haben.

Die angekündigte Antwort des sächsischen Ministers, Herr von Beust, auf Biedermann's Interpellation wegen der deutschen Angelegenheiten war, wie zu erwarten stand, eine nichtslagende. Ebenwenig haben die vom Herrn von Pfordten der bairischen Kammer vorgelegten Aktenstücke über Motive oder Intentionen der verbündeten Könige ein neues Licht zu verbreiten vermocht.

— Die württembergische Regierung hat, ungeachtet der Annäherung an die überwiegend demokratische Stände-Versammlung, nur auf einen Monat Geldbewilligung erhalten. (C. 3.)

Erfurt, 24. März. Diejenigen Abgeordneten, welche sich dem Bodelschwinghschen Programm nicht anschließen zu können glauben, versammelten sich gestern im „Schlehdorn“ und zwar die Mitglieder des Volkshauses unter dem Präsidium des Herrn Ulrichs, die des Staatenhauses aber gesondert unter dem des Herrn Brüggemann. In der letzteren Conferenz hielt Herr Eichhorn eine längere Rede gegen die Bloc-Annahme. Die Hoffnung, Hannover und Sachsen durch dieselbe zu imponiren, sei eine vergebliche. Auch er und seine Freunde wünschten mit vollen Händen nach Hause zu kommen, und so viel als möglich zurückzubringen; aber man müsse die Dinge reifen lassen und behutsam und vorsichtig vorgehen.

In der andern Versammlung im „Schlehdorn“, welche diejenigen Mitglieder des Volkshauses umfasste, die gegen eine Annahme der Verfassung en bloc Bedenken tragen, beantragte der Abg. Hasselbach: die verbündeten Regierungen zu der Erklärung aufzufordern, daß sie ihre Genehmigung zu der Annahme der Verfassung erteilen würden, wenngleich S. 194 derselben ausgeschlossen werde und dann sofortige Revision durch das gegenwärtige Parlament eintrete. Hierüber entspann sich eine längere Debatte. Abg. Keller wies, gegenüber den jedenfalls bei Revision der Verfassung hervortretenden auseinandergehenden Ansichten, auf die Nothwendigkeit eines bestimmten Programmes hin. Abg. Dr. Wantrup (Kulm) verwahrt mit Wärme und unter Beifall der Versammlung die rechte Seite des Volkshauses gegen die (vom Vorsitzenden) ausgesprochene Verdächtigung, daß es hier eine Partei gebe, die Alles negire; gerade diese Seite

des Hauses halte sich besonders an das Positive. — v. Fock führt in längerer Rede aus, wie man keinen Schritt thun dürfe, durch welchen Preußen geschwächt werde. — Unter allgemeiner Spannung betrat Stahl die Tribüne, um Namens seiner politischen Freunde zu erklären: daß sie den Bundesstaat als dringendes Bedürfnis anerkennen, daß sie insbesondere aber eine nähere Feststellung des Verhältnisses der Union gegen die übrigen dem Bündnisse nicht beigetretenen Staaten, soweit dies in der Additional-Akte noch vermißt werde, verlangen. Als besondere bei der Revision zu beachtende Punkte hebt der Redner die Beseitigung der Nachteile der Stellung Preußens im Fürsten-Collegium, die Aussetzung der Revision der Grundrechte unter Garantie der bereits in den einzelnen Staaten eingeführten Grundrechte und die Beschränkung der Befugnisse des Reichsgerichts in der Entscheidung über Verfassungsstreitigkeiten hervor. Schließlich warnt er vor „Illusionen“, namentlich vor der allgemein verbreiteten, daß durch Annahme der Verfassung en bloc die verbündeten Regierungen, welche ja ausdrücklich das Parlament zur Revision berufen, im Bündnisse gehalten würden; man habe Hannover und Sachsen nicht halten können, und sie gewaltsam zurückzuführen zu wollen, würde einen europäischen Krieg entzünden. Bemerkenswerth war das Urtheil des Redners über den Bierkönigs-Entwurf, den er ein „widersinniges Projekt“ nannte, welches man aus Reid dem Bündniß vom 26. Mai entgegengestellt habe.

Die Rede des Abg. Stahl wurde sehr beifällig aufgenommen, weniger die des Abg. v. Verlach, welcher darauf hinwies, daß solche Stimmen, wie die des Abg. Stahl schon an sich ein Gewinn seien.

Die Versammlung beschloß nun, eine Commission zur Entwerfung eines Programms niederzusetzen und wählte in dieselbe u. A. die Herren Ulrichs, Keller und Stahl.

Hierauf erbat sich v. Bodelschwingh (Berlin) das Wort: er sei der Einladung einiger Freunde gefolgt, obwohl er gewußt, man werde gegen sein Programm sprechen. Was er gehört, sei als ein Keim in sein Herz gefallen, nicht aber als ein Keim des Mißtrauens, nein, er hoffe, als ein Keim der Verständigung zu dem vereinten Streben nach demselben großen Ziele. (Schl. 3.)

— Herr v. Radowiz soll von Bittstellungen aller Art so überhäuft werden, daß er sich zur Beantwortung derselben einen besonderen Sekretär zu nehmen veranlaßt sah. — Die Arbeitskräfte der hiesigen Post sind in ziemlich bedeutendem Maße verstärkt. Eine Postfreiheit für die Abgeordneten dürfte jedoch schwerlich eintreten, da der Handelsminister der Ansicht sein soll, daß das Briefporto bereits eine bedeutende Ermäßigung erfahren, welche eine Postfreiheit kaum noch als eine besondere Erleichterung erscheinen lasse.

Erfurt, 26. März. Die Rede, welche der Regierungs-Kommissar, General-Lieutenant von Radowiz, in der heutigen Sitzung des Volkshauses hielt, lautete wörtlich:

Der Kommissarius von Radowiz: Meine Herren! Ich habe mir das Wort erbeten, um noch vor Beginn der eigentlichen Verfassungs-Arbeiten einige allgemeine Betrachtungen voranzuschicken. Wir sind hier unter den schwierigsten Umständen zusammengetreten. Die große Versammlung, die vor fast 2 Jahren in Frankfurt einzog, war von dem Glanze umgeben, welcher die weltersehnten Unternehmungen begleitet; dieser Glanz muß uns mangeln. Wir können nicht nach einem idealen Risse bauen und erwarten, welche Bewohner dann dieses Gebäude finden werde, sondern wir trachten danach, ein engeres Haus zu errichten für die Genossen, die sich bereits zu treuer Gemeinschaft verbunden haben. Wir schließen keinem unserer deutschen Bruderkammern die Thür, aber wir drängen auch Niemanden zu einem anderen Entschluß, als den er für sich selbst als den dienlichsten erkeant. (Bravo in der Versammlung.)

So verstehen wir die Freiheit und Selbstständigkeit, die die Verträge allen deutschen Staaten, den kleineren wie den größeren, gesichert haben. (Bravo in der Versammlung.) Aber auch zu diesem Verfahren, einem Verfahren des strengsten Rechtes und beispielloser Selbstverleugnung Bravo

in der Versammlung), wird den verbündeten Regierungen die Befugnis vielfach bestritten. Wenn je, so ist es jetzt nothwendig, des eigenen Weges vollkommen bewußt zu werden, damit der besonnene Muth, die muthige Besonnenheit gesichert bleibe (Bravo in der Versammlung), ohne welche kein gutes Ziel zu erreichen ist.

Gestatten Sie mir daher, meine Herren, Ihnen ein Ueberblick des Ganges der verbündeten Regierungen vorzulegen; es bedarf eines solchen, um deren gegenwärtigen Standpunkt gerecht zu würdigen. Sie werden mir verzeihen, wenn ich nicht umhin kann, hierbei auch Bekanntes zu berühren; es ist dies eben eins der großen Gebrechen solcher Zeiten, daß schon nach kurzer Frist die Kontinuität des Geschehenen verdunkelt, ja sogar galeugnet wird. Man betrachtet die Dinge nicht nach ihrem wirklichen Verlaufe, sondern in irgend einem selbstgewählten Standpunkte aus, und hat es dann freilich leicht, eine bequeme, aber eben deshalb ganz unfruchtbare Kritik zu üben. (Bravo in der Versammlung.)

Welche innere und äußere Nothwendigkeit die preussische Regierung dahin führte, in der deutschen Frage die Initiative zu ergreifen, auch dies ist nach kurzer Frist für Viele innerhalb und außerhalb Preußens in bewußter und unbewußter Vergesslichkeit untergegangen. (Lebhaftes Bravo in der Versammlung.) Ich will Ihnen, meine Herren, nicht zumuthen, sich daran erinnern zu lassen; ich setze nicht voraus, daß irgend Jemand in diesem Hause fähig sei, da, wo nur die schwerste Pflichterfüllung nöthigte, an selbstgeschaffene Willkür oder gar an niedrige Gewinnsucht zu denken. (Bravo in der Versammlung.)

Die preussische Regierung ging offenkundig von der Anerkennung zweier historischen Thatfachen aus: dem Streben der deutschen Nation nach staatlicher Verbindung ihrer Glieder, und dem Streben der österreichischen Monarchie nach centraler Verbindung ihrer Theile. Die erste dieser Strebungen verlangt aus dem bloß völkerrechtlichen Bunde hinaus in den Bundesstaat; sie hatte zu der frankfurter Verfassung vom 28. März geführt, die aus bekannten Ursachen nicht zur Ausführung kommen konnte. Die andere will aus selbstständig konstituirten Landen eine enggeschlossene Monarchie schaffen; sie ist es, die die österreichische Reichs-Verfassung vom 4. März ins Leben rief. Beide Forderungen waren mit der früheren Bundesverfassung unvereinbar, beide aber konnten sich, richtig verstanden, zu einer künftigen Lösung die Hände bieten. (Stimmen: Sehr gut, und Bravo in der Versammlung.)

Hierauf suchte die preussische Regierung bei ihren Vorschlägen. Der deutsche Bund von 1815 wird in seinen völkerrechtlichen Zwecken: Schutz nach außen und innen, Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit seiner Glieder, festgehalten und auf ganz Oesterreich ausgedehnt. Innerhalb dieses Bundes nun schließen sich alle reindeutschen Staaten zu einem Bundesstaate zusammen. Dieser ist das eine Glied im weiteren Bunde, die österreichische Monarchie das andere.

Hieraus folgt, daß die herzustellen Bundes-Verfassung nichts enthalten dürfe, was die Bildung des engeren Bundesstaates oder die Einheit der österreichischen Monarchie unmöglich macht. Daher Revision der Bundesakte von 1815 unter diesem doppelten Gesichtspunkte. Es folgt aber auch ferner, daß die Verfassung des Bundesstaates nichts enthalten dürfe, was die Herstellung eines weiteren Bundes unmöglich gemacht haben würde. Dies war der Plan der preussischen Regierung im Mai vorigen Jahres. Er lag ihren Schritten in Wien und ihren Eröffnungen an die deutsche Höfe zu Grunde.

Daß er in der Totalität seines Gedankens nicht zur Ausführung gelangte, hat mehr als eine Ursache. In Wien lehnte man die Vorschläge bekanntlich ab. Es ist zu besorgen, daß es manchem unserer Zeitgenossen noch nicht gelingt, aus der beklagenswerthen Schlussfolgerung herauszutreten: was Preußen in der Neugestaltung Deutschlands suche, könne nur sein eigener Vortheil sein; was Preußen vortheilhaft sei, das müsse Oesterreich nachtheilig sein; also müsse man sich dagegen erheben! (Stimmen: Sehr gut! und lebhaftes Bravo in der Versammlung.)

Meine Herren! Wie weit sich auch dieser Gedanke selbst ausgebreitet haben mag, er ist nichtsdestoweniger durchaus irrig. Wir wissen nur zu gut, daß manche achtbare preussische Männer in dem deutschen Gange ihrer Regierung nur Nachteile für ihr engeres Vaterland erblicken wollen. Allerdings ist auch dieses nur der umgekehrte Trugschluß: was Preußen an Deutschland gebe, das hüße es selber ein. (Stimmen: Sehr gut! und Bravo in der Versammlung.) Wehe Deutschland, wehe unser Aller Zukunft, wenn es sich also verhielte! Aber es verhält sich nicht also! (Lebhaftes Bravo in der Versammlung.) Preußen wird nichts verlieren an seiner glorreichen Geschichte, nichts an seiner europäischen Weltstellung, wenn Deutschland in seiner Gemeinschaft erstarkt. (Lebhaftes Bravo in der Versammlung.) Dazu aber kann dieser Irrthum mindestens dienen, daß er den entgegengesetzten beleuchtet, denjenigen, dem wir begegnet sind vom vorigen Mai bis zu dem heutigen Tage.

Aus der Stellung, die das kaiserliche Kabinet in der deutschen Frage einnahm, erwuchs ein doppeltes Hinderniß. Der weitere Bund konnte nicht geordnet werden, und mehrere deutsche Regierungen fanden sich in ihrer Abneigung gegen den Eintritt in den engeren gestärkt. Das führt nun zu der Betrachtung des Verhaltens der übrigen deutschen Regierungen.

Die deutsche Nation, meine Herren, hat, wie wir Alle wissen, eine andere Geschichte, als die der sonstigen europäischen Völker. Während fast überall in den Zeiten, wo der historische Bildungsprozeß der modernen Staaten vor sich ging, das abstrakte Einheitsprinzip siegte, so ist in Deutschland das Entgegengesetzte geschehen. Aus diesem historischen Prozeß ist eine Mannigfaltigkeit staatlicher Körper hervorgegangen, die von den beiden Großmächten bis zu den kleineren Gebieten alle Zwischenstufen darstellt. Diese Vielheit, meine Herren, ist nicht nur wohlberechtigt, sondern sie ist auch der Duell, aus dem große und eigenthümliche Vorzüge für unser Volksleben entsprungen sind. Sie vernichten wollen, hieße unsere gesammte Geschichte verleugnen. (Bravo in der Versammlung.) Gott bewahre uns davor, daß je ein solcher Zusammensturz alles durch die Jahrhunderte Aufgebauete den Boden mit seinen Trümmern bedecke! (Stimmen: Sehr gut! und lebhaftes Bravo in der Versammlung.)

Aber neben dieser Vielheit, meine Herren, steht das eben so berechtigigte Bedürfnis nach Einheit. Deutschland darf und muß fordern, daß ein wahrhaftes Gesamtwesen seine einzelnen Staaten umschließe, seine einzelnen Glieder zu einem lebendigen Körper verbinde. Dieses Bedürfnis ist lange verkannt und den selbstsüchtigen Bestrebungen ausschließlich freier Spielraum gelassen worden. Ich möchte nicht schwere Erinnerungen hier berühren oder die Anklagen wiederholen, von denen jedes Glied des

Ganzen getroffen ward, ich sage jedes! Einmal erweckt, ist der Geist nicht wieder zu bannen; er kann zeitweise schlummern, zumal wenn er sich eben in wildem Rausche kund gegeben (Bravo in der Versammlung), aber er wird immer wieder erwachen. Die nationale Bewegung kann rückläufig werden, aber, wenn Sie mir das mathematische Gleichniß erlauben: die rückläufige Bewegung ist nur scheinbar, sie gehört einer geschlossenen Curve an, sie muß wieder rechtläufig werden, sie muß ihre Bahn von der Sonnenferne wieder hinklenken zur Sonnennähe, so gewiß es ein höheres Gesetz im Leben der Nationen giebt! (Lebhaftes Bravo in der Versammlung.) Die große Aufgabe war und ist es, eine politische Form zu finden, in der die berechtigigte Vielheit und die nothwendige Einheit zusammengekommen können, in welcher den einzelnen Staaten kein Opfer zugemuthet wird, was nicht das Ganze wirklich erheischt. Die preussische Regierung kann sich das Zeugniß geben, nach der Lösung dieser Aufgabe redlich gestrebt zu haben. Wie jener obersten Forderung in dem Verfassungs-Entwurf vom 26. Mai entsprochen ist, darüber werden die weiteren Verhandlungen fattsame Gelegenheit zum Nachweise geben.

Allerdings haben wir noch in jüngster Zeit Worte des gehässigsten Angriffs auf diese Vorschläge vernehmen müssen (Stimmen: Sehr gut! und Bravo in der Versammlung), Worte, die an der Stelle, wo sie ausgesprochen worden, eben so schwer zu begreifen, als zu rechtfertigen sind. (Allseitiges, lebhaftes Bravo.) Ja, meine Herren! Die unparteiische Geschichte wird einst darüber richten, ob Preußen eine andere Leidenschaft dabei gehegt, als die Liebe zum großen theuren Vaterlande (Rauschendes Bravo in der Versammlung), ob es einen anderen Zweck dabei verfolgt hat, als den letzten Versuch zu machen, die Existenz der Einzelstaaten vor den Gefahren zu schützen, welche die nächste jener historischen Krisen, die im Laufe der Zeiten nie ausbleiben, über sie verhängen wird! (Allseitiges, lebhaftes Bravo in der Versammlung.) Wir wollen das Urtheil hierüber getrost der Mit- und Nachwelt anheimstellen; sie wird auch darüber richten, welche Zwecke und Leidenschaften es sind, die unserem mühseligen, selbstlosen Werke entgegengetreten! (Lebhaftes Bravo in der Versammlung.)

Die Mehrzahl der deutschen Regierungen zeigte durch die That, daß sie die große Mahnung, die an sie ergangen war, verstanden habe; sie war bereit, die nothwendigen Opfer für die Einigung Deutschlands zu bringen, um dann um so freudiger und zuversichtlicher auf dem neu besessenen Boden zu stehen. Nicht so die Höfe, die seit dem Falle des deutschen Kaiserreichs den Königstitel erworben haben. (Von allen Seiten Stimmen: Sehr gut! und lebhaftes Bravo.) Dort wurde die Nothwendigkeit, der eigenen Politik im Auslande zu entsagen, damit eine deutsche Politik an deren Stelle träte, nicht zugegeben. Auf ihren eigentlichen Kern zurückgeführt, bestimmten sich die Entschlüsse dieser Höfe durch die entschiedene Abneigung, die unerläßliche Einheit der Executiv-Gewalt anzuerkennen und sie den Händen Preußens, selbst unter den streng abgemessenen Beschränkungen des Verfassungs-Entwurfs, anzuvertrauen.

Die königlich bayerische und württembergische Regierung lehnten den Beitritt zum Bundesstaate ab. Die königlich hannoversche und sächsische Regierung entzogen sich der ferneren Mitwirkung zu dessen Realisirung. Wir erkennen die Berechtigung dieser Handlung Seitens der beiden letztgenannten Staaten nicht an, sondern haben dagegen die statutenmäßige Klage erhoben. Aber ihre Abgeordneten sitzen leider nicht unter uns.

Aus allen diesem ergab sich nun, daß der natürlichste Weg zur Ordnung der deutschen Verfassungssache nicht betreten werden konnte; wir konnten nicht von Außen nach Innen gehen, den weiteren Bund ordnen und innerhalb desselben den engeren Bundesstaat. Nicht einmal zu gleichzeitiger Arbeit an beiden Werken konnte Hand angelegt werden, da nach der Ablehnung der preussischen Vorlagen kein Gegen-Entwurf erschien. Sollte nicht die reine Negation übrig bleiben, für die verbündeten Regierungen ein schmächtlicher Wortbruch im Angesicht der Nation (Bravo in der Versammlung), so mußte man sich entschließen, umgekehrt zu verfahren, von Innen nach Außen zu gehen. Bei der Bildung aber des engeren Bundes mußte man auf die Vereinigung aller rein deutschen Staaten zunächst verzichten und sich darauf beschränken, nur einen Theil dieser Lande in den Bundesstaat eintreten zu lassen.

Ich weiß, meine Herren! daß man Preußen vorwirft, es habe die günstigen Zeitläufe des vorigen Jahres nicht ergriffen und benützt. Der Widerstand lag am Boden; es bedurfte, so schien es Vielen, nur, daß man die Hand ausstrecke, um die deutsche Verfassung aufzunehmen.

Meine Herren! Ich wiederhole, was an anderer Stelle gesagt worden, Preußen durfte und wollte diese Hand nicht ausstrecken.

Wir haben den langen heldenmüthigen Todeskampf, den Oesterreich um sein staatliches Dasein kämpfte, mit Nichts gefährdet, ja nicht einmal durch drängende Forderungen erschweren wollen. (Bravo in der Versammlung.) Wir haben die tiefe Hülfbedürftigkeit deutscher Regierungen, die ohne Preußens mächtigen Schutz dem Umsturz rettungslos verfallen waren, nicht benützt, um Zugeständnisse abzupressen. (Bravo in der Versammlung.) Preußen, meine Herren! schlägt die Einigung des großen Vaterlandes, die endliche Erfüllung der Sehnsucht aller deutschen Herzen, sehr hoch an, aber die Ehre und das Recht noch höher. (Bravo in der Versammlung.) Will man dieses romantisch nennen, so nenne ich es gewissenhaft und ehrlich, und dieses währt am längsten! (Lebhaftes Bravo in der Versammlung.)

Meine Herren! Preußen hat der Verlockung widerstanden, der schwersten von allen: der Aussicht, den eigenen Gedanken in vollem Glanze ins Leben zu rufen. Aber es widersteht auch der Einschüchterung, nicht bloß der direkten, sondern auch der indirekten! (Lebhaftes Bravo in der Versammlung.) Unsere politischen Gegner halten uns vor, daß unsere Wege in der deutschen Sache der Revolution die Thüre wieder öffnen. Wir unsererseits sind nach sorgfamer Prüfung überzeugt, daß es die Handlungen und Unterlassungen eben dieser politischen Gegner sind, die der Revolution die Thüre offen erhalten. (Lebhaftes Bravo in der Versammlung.)

Die Entscheidung, wer hierin richtig sehe, kann auch durch den aufrichtigsten Austausch der Gründe und Gegengründe erfahrungsmäßig nicht erreicht werden. Man berufe daher zum Richter diejenige Partei, von der bisher Niemand bestritten, daß sie die Zeichen der Zeit und ihr Interesse dabei sehr gut zu würdigen wisse. Es ist dies die demokratische Partei selbst, die sicher nicht in dem Verdacht steht, zu irgend einer der deutschen Regierungen eine besondere Vorliebe zu hegen. (Heiterkeit in der Versammlung.) Welches, meine Herren! ist nun die Summe der Erscheinun-

gen, die sich seit 9 Monaten von der Eider bis zum Bodensee kund gegeben haben? Was ergibt sich aus dem Auftreten der demokratischen Partei in sämtlichen deutschen Städte-Kammern? Aus der Taktik der gesammten demokratischen Presse? Ueberall und ohne alle und jede Ausnahme tritt die Demokratie dem Gange der verbündeten Regierungen mit allen ihren Kräften und Mitteln entgegen.

Sie ringt danach, die Regierungen von dem Bündniß loszureißen; sie stellt sich dem Zusammentritt dieses Parlaments entgegen; sie enthielt sich in allen Ländern der Theilnahme an den Wahlen. Ja, wir haben die widrigen, eferregende Erscheinung vor uns, daß die Koryphäen der Revolution mit Denjenigen gemeinsame Sache machen, die aus politischer oder partikularistischer Verblendung unserer schweren Pflichterfüllung in den Weg treten. Handelt es sich hierbei etwa um die Abwägung verschiedener Meinungen oder bloß um die Anerkennung einer einfachen, schlechtthin unzulänglichen Thatsache? — Ist aber das Letztere der Fall, so dürfen die verbündeten Regierungen daraus die feste Ueberzeugung schöpfen, daß es nicht ihr Weg ist, der den Plänen der Revolution in Deutschland zusagt, sondern der ihrer Gegner, (Stimmen: Sehr gut!) daß nicht sie die Gefahren bereiten, sondern diejenigen, die ihnen hemmend entgegentreten! (Bravo in der Versammlung.)

So, meine Herren, stehen die verbündeten Regierungen jetzt vor Ihnen. Erst wenn die Wunde von Aller Augen fällt, dann wird man erkennen, daß dasjenige, was die deutsche Nation zu einem wahren Gemeinwesen erhebt, auch dasselbe ist, was das österreichische Kaiserreich in seiner großen europäischen Stellung kräftigt, dasselbe, was Preußens historische Mission erfüllt, dasselbe, was den einzelnen Staaten die Sicherheit gewährt, ohne welche sie den nächsten Stürmen zum Opfer fallen werden. (Bravo in der Versammlung.) Aber es werden noch manche Rebel stufen müssen, ehe dieser helle Tag hervortritt. Gott gebe, daß es dann nicht zu spät sei. (Tiefer Eindruck in der Versammlung.)

Für jetzt, meine Herren, haben wir uns hier offen und aufrichtig auf das zu beschränken, was rechtlich möglich ist. Wir werden noch nicht das große, einige Deutschland erstehen sehen, aber wir können ein größeres Deutschland, einen ausgedehnteren staatlichen Verband der deutschen Stämme schaffen, als ihn bisher unsere Geschichte aufgewiesen. Wir wollen und dürfen, das wiederhole ich, keine deutsche Regierung gegen ihren völlig freien Willen drängen, sich uns anzuschließen, aber wir dürfen und wollen nicht zugeben, daß irgend eine daran gehindert werde. (Bravo in der Versammlung.) Hieraus geht die Nothwendigkeit hervor, daß das Verhältniß zu dem bestehenden Bunde von 1815 geordnet werde. Die verbündeten Regierungen werden dabei keinen Schritt rückwärts thun dürfen, denn sie sind auf ihren Weg durch das Recht und die Vernunft gewiesen, aber sie werden auch keinen ihrer Schritte irgendwohin hinführen, wo diese beiden Leitsterne nicht mehr führen. Letzteres aber dürfen sie nach strenger und unbefangener Prüfung von dem Schritte behaupten, der uns hier zusammengeführt hat. Die Unions-Verfassung, die sie ihnen, den dazu Berufenen, vorlegen, findet schon in dem früheren Bundesrechte seine volle Rechtfertigung. Der Gegenstand ist so vielfach erörtert worden, daß es für Jeden, der nicht geistlich die Augen schließt, kaum der Hinweisung darauf bedarf, daß die Bundes-Äkte das Recht aller Bündnisse vorbehält, die nicht gegen die Sicherheit des Bundes gerichtet sind. Der Bundesstaat aber gefährdet nicht diese Sicherheit, weder die innere noch die äußere, sondern er befestigt sie.

Von der anderen Seite zeigt sich dieselbe Berechtigung aus der zweiten Hauptquelle des Bundesrechts, der wiener Schluss-Äkte.

Diese bestimmt ausdrücklich, daß selbst die Abtretung der auf dem Bundesgebiete haftenden Souveränitäts-Rechte ohne Zustimmung der Gesamtheit erfolgen dürfe, wenn sie zu Gunsten eines Mitverbündeten geschieht.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein deutscher Staat 26 andere durch Erbgang oder rechtliche Cession mit sich vereinigen durfte, ohne irgend eine Zustimmung der Uebrigen. Dieses Bundesglied würde mit seinem vergrößerten Territorium im Bunde nach wie vor Platz genommen haben, ohne dessen Existenz zu gefährden. Kann nun, ich frage, auch nur mit einem Scheine von Recht bestritten werden, daß das, was für das völlige Zusammenschmelzen von 27 Staaten zulässig war, es auch für eine freie Föderation derselben Staaten innerhalb des Bundes sein müsse? Die verbündeten Staaten würden damals durch ihre Union von keiner der Pflichten entbunden gewesen sein, die sie gegen die Gesamtheit zu erfüllen hatten, aber auch die Summe der Einzelrechte, mit Ausnahme des früheren Stimverhältnisses, unmittelbar in Anspruch genommen haben.

Galt dies schon für die unveränderte Bundesverfassung, so muß jeder Einwand noch mehr dadurch völlig schwinden, daß das frühere Bundesrecht eine tiefere Umgestaltung nicht abweisen kann. Ich kann mich dispensiren, hierfür den ausführlichen Beweis zu liefern, denn noch hat Niemand es unternommen, nicht nur den geschichtlichen Verlauf der letzten beiden Jahre, sondern auch die rechtlichen Handlungen der Bundesversammlung zu leugnen, deren letzte bekanntlich ihre eigene Auflösung war. (Zustimmung und Bravo in der Versammlung.)

Auch darüber, daß die Reorganisation des Bundes von 1815, wenn sie alle seine früheren Glieder und die österreichischen Länder nach der Verfassung vom 4. März umfassen soll, nur einen Staatenbund darstellen kann, also eine permanente Allianz unabhängiger Staaten, ohne wirkliche Regierung und ohne gemeinsame Gesetzgebung, auch darüber kann, wenn man die Dinge bei dem rechten Namen nennen will, kaum ein Zweifel obwalten. (Stimmen: Sehr gut!) Bei der entgegenstehenden Behauptung ist es schwierig, an die erforderliche Einsicht und an die wünschenswerthe Aufrichtigkeit zugleich zu glauben. (Heiterkeit und Stimmen: Sehr gut.)

Unser Wunsch, die Ansicht der ablehnenden Höfe über die Reorganisation der Bundes-Verfassung kennen zu lernen, ist lange unerfüllt geblieben. Jetzt ist, wie Ihnen bekannt, von den königlich bayerischen, württembergischen und sächsischen Regierungen ein Entwurf dieser Art vorgelegt worden. Ich greife Ihrem Urtheil nicht vor, aber ich nehme Akt davon, daß dies der Ausdruck des Gedankens für die Neugestaltung Deutschlands ist, der uns dargeboten wird. (Stimmen: Sehr gut!)

Die verbündeten Regierungen werden diese Vorschläge ernstlich und aufrichtig prüfen und ihre Betrachtungen darüber allen Beteiligten vorlegen. An dieser Stelle kann natürlich jener Verhandlungen noch nicht gedacht werden. Aber sie dürfen unseren Weg nicht hemmen (Zuruf: Sehr gut!); wir haben eine nächste Pflicht zu erfüllen, eine unabweißliche

Aufgabe zu lösen. Gelingt es inzwischen den Bemühungen aller Regierungen, die Verfassung des völkerrechtlichen Bundes in erneuerter Gestalt herzustellen, so wird der Bundesstaat in derselben den ihm gebührenden Platz einzunehmen haben. (Stimmen: Sehr gut.) Die Aufgabe, die uns hier vorliegt, ist daher keine geringere geworden, sondern eine dringendere (Bravo in der Versammlung); sie bietet mehr Mühen und weniger Glanz; sie fordert mehr Selbsterleugnung und gewährt weniger Selbstbefriedigung; sie verweist noch mehr auf die Zukunft, als auf die Gegenwart. Aber die Geschichte, meine Herren, krönt nicht das Leicht- und Bequeme, sondern das durch harte Anstrengungen und lange Entbehrung Verdiente. (Lebhaftes Bravo in der Versammlung.) Diese Anstrengungen und Entbehrungen werden ihren Lohn empfangen, wenn die verbündeten Staaten, der vielgestaltigen Verführung und Bedrohung gegenüber, treu bei der übernommenen heiligen Pflicht beharren, und wenn ihre Vertreter, die sie hierhergesendet, sich diesem Wege in vollem und aufrichtigem Vertrauen anschließen. (Lebhaftes Bravo in der Versammlung.) Beides, meine Herren, sind nothwendige Bedingungen, aber auch die einzigen.

Meine Herren! Frühere Chronisten nannten die alte Stadt, in der wir tagen, „Civitas pacis.“ Möge sie auch uns eine Stätte des Friedens werden. (Tiefer Eindruck und allseitiges lebhaftes Bravo.)

Kassel, 22. März. Es verlautet, daß in Folge der von den Ständen beschlossenen Verweigerung von außerordentlichen Geldmitteln in den nächsten Monaten ganz oder theilweise die Befoldungen an die Staatsdiener sistirt werden würden; vielleicht erwartet man mit Grund, daß letztere alsdann Front für Hassenpflug und gegen die Stände machen. (F. J.)

Kassel, 23. März. Die Zeitung für Norddeutschland schreibt: Es ist da! — nämlich das Geld, welches Gortschakoff Herrn Hassenpflug vorgeschossen hat, und welches gestern in schweren Kässern aus dem Postgebäude in die Hauptstaatskasse transportirt wurde. Die Nachricht klingt fabelhaft, sie ist aber dennoch wahr. Rußland hat durch seinen Gesandten den Herrn Hassenpflug 800,000 Thlr. vorgeschossen.

Darmstadt, 22. März. Der erste Akt des gerichtlichen Dramas, genannt Prozeß Görlich oder Stauf, ist vorüber. Noch immer verhüllt ein dichter Schleier den Hintergrund. Das Dunkel, welches sich über die hingestreckte Leiche ausbreitet, ist wie der „schwarze Ritter mit geschlossenem Visir“ des Dichters, der Geist Talbots, an welchen der Jurist: „Du stehst mir Rede!“ vergeblich gerichtet wird. Um ihn zu bekämpfen, bedarf es des ganzen Arsenal der menschlichen Kräfte, die bei ihrer Beschränktheit den Sieg zweifelhaft erscheinen lassen. Der Präsident läßt kein Mittel unversucht, das möglicherweise, wenn auch nur als ein kleiner Schritt zur Erreichung des ferneren Ziels erscheinen könnte. In der heutigen Vormittags-Sitzung wurde mit der Verlesung von Aktenstücken fortgefahren: Gutachten der Physikalische auf Grundlage des Sektionsaktes und der Erhebung des Schädels, sich aussprechend gegen die Annahme, daß der Tod durch Selbstverbrennung herbeigeführt, den Zweifel hinstellend, ob die Fissur am Schädel durch die Gewalt des Brandes, oder durch äußere Gewalt entstanden und sich für die Wahrscheinlichkeit einer Gewaltthat entscheidet; Gutachten des Medizinalkollegs (Obergutachten) mit gleicher Ansicht; sehr ausführliches und in der Vorlesung die Geduld des Publikums erprobendes Gutachten des (diesmal abwesenden) Stabsarztes Dr. v. Siebold zur Beleuchtung und Widerlegung dieser gerichtsarztlichen Aussprüche durch Ausführung der Theorie der Selbstverbrennung und Anwendung derselben auf den vorliegenden Fall; Schreiben des Medizinalkolleg-Direktors Dr. Graff an den Präsidenten zu dem Zweck, um den Entstellungen des Inhalts des Inspektions- und Sektions-Protokolls in dem Sieboldschen Gutachten entgegen zu treten. Die Aktenstücke über die Untersuchung, ob Grünspan in jener Sauce (ja, 15 1/2 Gran) und ob jener in dem Abtritte gefundene Lappen Blutspuren zeige (sehr wahrscheinlich). Der Präsident bemerkt, daß er in seiner gesetzlichen Pflicht, Alles anzubieten, was dazu diene, der Wahrheit nach Möglichkeit nahe zu kommen, gegenüber den verschiedenen Meinungen der Aerzte, den Professor Bischoff als Sachverständigen zugezogen habe, so wie er auch auf Antrag des Staatsanwalts bewirkt habe, daß Professor v. Liebig durch Anwendung seiner Wissenschaft seinen Beistand leisten werde; morgen früh werde er, Präsident, das bisherige Verfahren über den objektiven Thatbestand überblicken.

Die heutige Nachmittags-Sitzung begann mit der Vernehmung der Dienstmagd Katharina Louise Born von Heubach. Sie war 1844 ein Jahr lang Magd im Görlich'schen Hause, weiß aber nur anzugeben, daß die Gräfin streng und sehr „genau“ gewesen; sie habe Alles verschlossen, selbst den Holzstall; von einer Reizung derselben zu geistigen Getränken will sie nichts bemerkt haben. Sodann ward Christian Leichtweiß, Aktuar bei dem hiesigen Stadgericht für Untersuchungsachen, vernommen. Er führte das Protokoll bei Aufnahme des Augenscheins am Morgen nach der Schreckensnacht, und deponirt: Schon auf dem Hinwege habe er darüber nachgedacht, auf welche Art die Gräfin umgekommen sein möge. Zufall sei ihm als die wahrscheinliche Ursache erschienen. Nachher sei ihm das Benehmen des Grafen sonderbar vorgekommen; er sei immer anwesend geblieben und habe eine gewisse Kenntnis an den Tag gelegt, besonders in Bezug auf die Secirung der Leiche, gegen welche er mit dem Befehl protestirt habe, daß sich seine Gattin dagegen ausgesprochen habe und er Beschwerde führen werde. Den Zweifel, ob Unglück gewaltet, habe er mit nach Hause gebracht; Nachdenken während der Nacht habe ihn zu der Vermuthung geführt, daß die Gräfin ermordet worden sei. Er habe sich Notizen gemacht und diese dem Dr. Graff zugestellt, der seine Vermuthung getheilt und auf Vornahme der Sektion habe dringen wollen. Zeuge gedachte hierauf der Verführung, daß die Untersuchung nicht fortgeführt werden solle, wie der Wiederaufnahme derselben nach dem Vergiftungsversuch, und fügte hinzu: Er wolle seine Vernehmung noch benutzen, um anzugeben, er habe am Halse der Leiche Blutspuren und Blutschaum wahrgenommen. Wegen des von zwei Zeugen ausgesprochenen dringenden Wunsches, entlassen zu sein, werden diese vernommen. Zuerst erscheint eine lahme fünfzigjährige Frau, Elisabeth Krebs von Oberhormen, Schwester des Mitangeklagten Heinrich Stauf, also Tante der beiden angeklagten Brüder. Das zurückhaltende Benehmen derselben bei ihrer Vernehmung veranlaßt den Präsidenten, die Vorlesung des Protokolls über ihre früheren landgerichtlichen Aussagen zu verfügen. Diese wären dahin lautend, daß ihr Bruder gegen seine Eltern ungehorsam gewesen sei, und ihr Vater ihm ein „böses Ende“ prophezeit habe. Einmal habe er vier Jahre lang bei

Ihr gewohnt, und während dieser Zeit habe er sie oft mißhandelt. Von der goldenen Schnalle, welche ihr Bruder vor dreißig Jahren erhalten und woraus er das bei ihm gefundene geschmolzene Gold gewonnen haben will, ist der Zeugin nichts bekannt, eben so wenig von dem Ring, in dessen Besitz er sich befand. Auch der Zeuge Samuel Melchior, Schnallenmacher in Derohmen, weiß hierüber nichts anzugeben. Der Präsident fordert nun den Professor Bischoff auf, den Geschwornen den von ihm in dem Anatomiegebäude in Gießen mit einer Leiche vorgenommenen Verbrennungsversuch zu schildern, jedoch von seinem Vortrag alles auszuschließen, was den Charakter eines Gutachtens, das er später zu erstatten habe, trage. Zeuge that dieses in einem ausführlichen, in einer Reihe von Einzelheiten bestehenden Vortrag, dem das Publikum, besonders der gebildete Theil desselben, mit Interesse folgt. Der Versuch hat den Zweck, zur Beantwortung der Frage beizutragen, ob anzunehmen sei, daß die zwei Fuß von dem in Brand stehenden Cauniz liegende Leiche der Gräfin durch diesen Brand in den Zustand versetzt worden, in dem sie gefunden ward. Hierauf fordert der Präsident den Dr. Graff auf, den Geschwornen eine Mittheilung über den von ihm hier an einer Leiche angestellten Versuch (durch Verbrennung des Kopfes mit angezündetem Weingeist) zu machen. Dies geschieht, und Zeuge befundet das Ergebnis seines Versuchs an dem verfohlten Kopfe. Dieses Experiment hat den Zweck, zur Ermittlung des Umstandes beizutragen, ob die Leiche der Gräfin durch eine besondere Operation in den Zustand versetzt worden sei. Es erscheint dies jetzt als wahrscheinlich, weil die experimentirende Verfohlung des Kopfes große Ähnlichkeit hat mit der des Kopfes der Leiche der Gräfin, und Dr. Graff hervorhob, die von ihm vorgenommene Operation nöthige nicht, sich zu entfernen; er nebst anderen Personen habe dem ganzen Verbrennungsprozeß beimohnen können, der nur fünf Viertelstunden gedauert habe (der von Professor Bischoff angestellte Versuch hatte mehrere Stunden in Anspruch genommen). Dr. Heumann, welcher die Leiche der Gräfin in der ersten Zeit gesehen, stellte, aufgefordert, Vergleichen zwischen dem von Dr. Graff vorgezeigten Kopfe und dem jener Leiche an. Was menschlicher Wille und Scharfsinn vermag, um der Wahrheit näher zu kommen, geschieht. Welches Ergebnis auch der Prozeß haben wird, so viel ist gewiß, daß er das Wissen vermehrt.

(D.-N.-A.-Z.)

**Darmstadt, 23. März.** Abends 7 Uhr. Heute wurde die Sitzung der Affisen im Prozeß Görlich wie gewöhnlich Vormittags um 9 Uhr eröffnet und erst gegen 2 Uhr Nachmittags beendet, da von einer Nachmittags-Sitzung abgesehen wurde. Der Präsident hielt, seiner gestrigen Ankündigung zufolge, an die Geschwornen, an die Ärzte und Mediziner überhaupt, in ihrer Eigenschaft als Sachverständige, eine längere Rede, im Wesentlichen des Inhalts: „Ehe die Experten zur Berathung und Abgebung ihres Gutachtens schritten, erachte er es als seine Aufgabe, die Ergebnisse des bisherigen Verfahrens in objektiver Richtung gedrängt darzulegen, damit die Männer der Wissenschaft in ihrem Beruf als Sachverständige klar erkennen, von welchen thatsächlichen Gesichtspunkten sie auszugehen und zu arbiträren hätten. Absehend von allem Subjektiven, werde er den Namen Stauff nicht einmal nennen; das Folgende sei das Ergebnis: Am Nachmittage des 13. Juni 1847 sei die Gräfin, eine starke, mächtige Frau, noch in voller Gesundheit gesehen worden; in der Nacht, gegen 11½ Uhr, sei sie in ihrem verschloffenen gewesenen Wohnzimmern, fürchtbar verbrannt, in der Nähe ihres in Flammen stehenden Caunizes als Leiche gefunden worden. Ihr Gemahl sei Abends um 9 Uhr nach Hause gekommen, habe sich nach ihren Gemächern gewendet und Rauch im Vorzimmer bemerkt, was ihn veranlaßt habe, sich in den untersten Stock zu begeben und die Thür des Kamins öffnen zu lassen, aus dem ein dichter Qualm herausgedrungen sei. Nach fruchtlosen Versuchen, in das Wohnzimmer der Vermissten zu gelangen, sei dieses nur durch Zertrümmerung der beiden Thüren gelungen. Nun Wahrnehmung der Leiche und des Zustandes des Wohnzimmers: der Cauniz in Flammen und bis auf die beiden Seitenwände fast verzehrt; zwei Fuß von demselben entfernt der Leichnam, hinter diesem ein umgeworfener Stuhl, dichter Rauch, vermischt mit einem zurückschretenden Geruch und Qualm; der Fußboden unter jenem Möbel (Cauniz) tief eingetrann, dagegen die Stelle, wo die Leiche lag, unverfehrt; in den Kohlen Goldsachen, geschmolzene Nägel und Diamanten, welche gelitten, was auf einen hohen Grad von Hitze hindeutete; die Casette verschunden bis auf wenige Beschläge; der Spiegel sternförmig zersprungen, der Rahmen verlegt, ohne Zweifel Wirkung der Hitze; ein auffallender Niedererschlag an demselben; der Schellenzug abgerissen, die Stearinlichter auf den Leuchtern geschmolzen; neuer Rauch aus dem Cabinet kommend; Einbringen in dasselbe, nachdem der Rauch durch Deffnung des auf der anderen Seite des anstoßenden Zimmers und der Fenster Abzug gewonnen, Wahrnehmung der Verletzung des Divans durch ein großes, tief eingebrenntes Loch; Hindeutung, daß nach dem Zeugniß der Familie Aekule dieser Brand nach 8 Uhr Abends stillstand; Entstellung des Delibates über dem Divan und Spuren einer Einwirkung an dem nahe hängenden Bilde des Grafen, und an mehreren kleinen Gegenständen auf dem Schreibtische; Flecken an einigen Möbeln, Stühlen etc. Uebergang auf die Ermittlung des Zustandes der Leiche durch Hindeutung auf deren Beschädigung und die Wahrnehmungen der Zeugen, so wie auf die Ergebnisse der Sektion und die Beschaffenheit des erhobenen Schädels, dessen Identität außer Zweifel gestellt sei. Nach diesem Ueberblick des Ereignisses am 13. Juni Uebergang zu der Begebenheit am 2. November: Versezung einer seidenen Lappens im Abtritt, anscheinend mit Blutspuren etc. Nach dieser Darlegung der erheblichsten Ergebnisse des bisherigen Verfahrens, hob der Präsident noch hervor: Anklage und Vertheidigung sei darin einverstanden, wie es mit der Expertise gehalten werden solle. Als neue Experten erschienen die Professoren von Liebig und Bischoff, welche, verbunden mit den bisherigen Sachverständigen, den Physikatsärzten und Mitgliedern des Medicinalcollegiums, so wie dem Dr. von Siebold, ihr Gutachten zu erstatten hätten. Hierauf folgte die Beerdigung der Experten in der oben bezeichneten Eigenschaft und die Berlesung der Fragen, welche nach Ansichten des Präsidenten zu stellen sind: 1) Ist es nach den vorliegenden Umständen möglich, wahrscheinlich oder gewiß, daß die Gräfin von Görlich in Folge einer sogenannten Selbstverbrennung gestorben und in den Zustand gekommen ist, in welchem sie am 13. Juni 1847, Abends nach 11 Uhr gefunden wurde? 2) Ist es nach den vorliegenden Umständen möglich, wahrschein-

lich oder gewiß, daß die Gräfin von Görlich durch die Einwirkung eines außer ihr bestehenden Feuers getödtet worden ist, und daß sie einer solchen Einwirkung a) durch einen unglücklichen Zufall oder b) absichtlich (entweder durch eigene oder fremde That) ausgesetzt wurde? 3) Ist es nach den vorliegenden Umständen möglich, wahrscheinlich oder gewiß, daß die Gräfin von Görlich erst nach eingetretener Tode der Einwirkung des Feuers ausgesetzt wurde, und ist in diesem Falle anzunehmen, daß sie a) durch Selbstmord, oder b) durch die Hand eines Anderen, etwa durch Zerschmetterung der Hirnschale, oder Erdrosselung, oder c) durch einen Krankheitszustand oder unglücklichen Zufall das Leben verlor? 4) Ist es nach den vorliegenden Umständen möglich, wahrscheinlich oder gewiß, daß die verschiedenen sichtbar wirkenden Ursachen des Brandes (des brennenden Sekretärs) allein die Verbrennung bewirkten, oder zu dieser Verbrennung noch eine andere entferntere Ursache nöthig war? 5) Ist Grünspan als Gift zu betrachten und welche Wirkungen würde unter den vorliegenden Umständen der Genuß der in jener Sauce befindlichen Quantität Grünspan auf Leben oder Gesundheit des Genießenden geäußert haben? Nach einigen Erörterungen zwischen Staatsanwalt und Vertheidiger vereinigten sich beide zur Genehmigung der vier ersten Fragen. Hinsichtlich der fünften stellten Beide Anträge für eine andere Fassung. Der Gerichtshof zog sich zurück und erschien bald wieder. Der Präsident verkündigte den Entschcheid, worin unter Genehmigung des Antrags des Staatsanwalts und Verwerfung des Antrags des Vertheidigers ausgesprochen wurde, daß die zu erstattenden Gutachten durch die Professoren Bischoff und von Liebig in öffentlicher Sitzung vorzulegen seien. Der Präsident drückte den Wunsch aus, daß die Gutachten baldmöglichst erstattet würden. Gegen den Schluß der Sitzung wurde noch eine Anzahl überheißiger Zeugen vernommen, deren Aussagen eine geringe Ausbeute gewährte und sich fast nur auf den Antheil des mitangeklagten Heinrich Stauff an den indicierten Delikten bezog. Ein Briefwechsel zwischen diesem und seinem Sohne Johann wurde zwar ermittelt, nicht aber die Beschaffenheit desselben. Auch wurde konstatiert, daß der Erstere im Herbst einmal etwas geschmolzen habe, aber nicht worin der geschmolzene Gegenstand bestanden habe. Nächste Sitzung: Montag, den 25. d. Mts., Morgens 10 Uhr.

**Sigmaringen, 21. März.** In ungefähr 8 Tagen wird Herr von Spiegel zur Uebernahme der hohenzollernschen Fürstenthümer hier eintreffen. Die fürstliche Familie hat bereits das Land verlassen und verweilt zur Zeit in Baden-Baden; der Fürst wird indeß die Uebergabe persönlich vollziehen.

### Dänemark.

**Kopenhagen, 23. März.** Die Corvette Valkyrien und die Brigg Ornen sind auskommandirt.

Der „Avisalon“ meldet in seinem Bulletin erstlich, daß die Friedens-Unterhandlungen keinesweges abgebrochen, sondern vielmehr einer (Dänemark) günstigen Erledigung nahe seien; zweitens, daß der Prinz von Noer die Königin Victoria ersucht habe, die Augustenburger Papiere und Ansprüche durch zwei englische Staatsmänner prüfen zu lassen.

### Schweden und Norwegen.

**Stockholm, 15. März.** Laut General-Ordre vom 8. d. sollen die Dampf-Corvetten „Gefle“ und „Thor“, das Dampfschiff „Valder“ und die Corvette „Jaramas“, die drei ersten zu einer einmonatlichen, die letztere zu einer dreimonatlichen Expedition, in Carlskrona ausgerüstet werden. Auch die Fregatte „Chapman“ soll aufgetakelt und ausgerüstet werden und ist zum Casernschiff auf der Carlskronaer Rhede bestimmt; die Brigg „Snappopp“ soll zu Uebungen für Cadetten ausgerüstet und die jetzt auf einer Expedition begriffenen Corvetten „Lagerbjelke“ und „Najade“ bei ihrer Rückkunft nach Gothenburg auf drei Monate neu verproviantirt werden; die Schooner „Falk“ und „Activ“ ausgerüstet und auf der Carlskronaer Werfte zum Auslaufen fertig gehalten werden, so wie Ordre dazu eingibt. Eben so sollen ein Bataillon Kanonenböte mit dazu gehörendem Chelssfahrzeuge, einer Bomben-Kanonen-Schaluppe zum Landen und ein Mörsergeschiff auf der Stockholmer Station klar gemacht, und außerdem 12 Kanonenböte getrieben und fertig gehalten werden, auf eintreffenden Befehl in See zu gehen, desgleichen die Brigg „af Wirsen“ und das Dampfschiff „Gylfe“, auf der Gothenburger Station die Brigg „Blommen“, Alles, wie es heißt, zu Uebungs-Expeditionen. Es scheint aber fast, als glaube auch unsere Regierung an einen allgemeinen europäischen Krieg und wolle sich gegen alle Eventualitäten sichern. Die Scheerenflotte ist zunächst nur zum Schutz unserer Küsten bestimmt, und deren Ausrüstung unter obwaltenden Umständen jedenfalls gerechtfertigt. Ob die größeren Schiffe eine andere Bestimmung haben, darüber giebt es höchstens Vermuthungen. (L. 3.)

### Frankreich.

**Paris, 25. März, Nachmittags 5 Uhr.** Die Börse wurde durch folgende Gerüchte alarmirt: Rücktritt des Finanzministers, angebliche Mittair-Revolte, Auflösung der Avignon-Bahn-Gesellschaft.

Abends 8 Uhr. In der Nationalversammlung ist die Kommission günstig für das Klubgesetz.

Seit den letzten Wahlen sollen alle Unterstützungen, die den Armen-Anstalten zukommen, eingestellt sein; die Zahl der Armen und Bettler in den Straßen von Paris nimmt immer mehr zu.

### Bermischte Nachrichten.

**Stettin, 27. März.** Bei der heutigen Wahl im 1sten Wahl-Bezirk der Handeltreibenden wurden die Herren Eudel und G. Koepffer zu Gewerberäthen gewählt, zu Stellvertretern die Herren Reinhardt und Karstisch; im vierten Bezirk zu Gewerberäthen die Herren A. Lindau, Jul. Koberer und P. Lindenborff, zu Stellvertretern die Herren Ferd. Jahn, Pichl und W. Döbel.

**Stettin, 28. März.** Wie verlautet, wird man hier bei der Wiederwahl des Herrn General v. Brandt zur ersten Kammer beharren, jedoch von der Erwählung des Herrn v. Bülow Abstand nehmen, weil derselbe als Gesandter und in andern Regierungsgeschäften mehrfach den Kammerberatungen entzogen wurde, es also für diesen Wahlbezirk faktisch an dem einen Vertreter in der ersten Kammer fehle.

Die Kälte dauert bei Westwind an, in der Ober-, im Haff, im Swinemünder Hafen treibt viel Eis.

Die aus Erfurt eingegangenen Nachrichten haben hier die freudigste Sensation verbreitet und die beste Hoffnung für das Zustandekommen der deutschen Union erweckt.

# Provinzial-Anzeiger.

Pränumerations-Preis für Nicht-Abonnenten der Zeitung pro Monat 1/2 Sgr.; frei in's Haus: 2/2 Sgr.

Insertionspreis 6 Pf. für die dreispalt. Petitzeile. Erscheint täglich, excl. der Sonn- und Festtage. Vormittags 11 Uhr.

## Beilage zur Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

No. 74. Donnerstag, den 28. März. 1850.

Ausgabestellen: bei dem Destillateur Radtke, Vollenstraße No. 695, bei Louis Sahlfeldt, Oberwiek.

### Einpaffirte Fremde.

Den 26. März.

Hotel de Prusse. Dr. Kutenbrugg aus Leipzig; Kaufleute Jesea, Rugemer, Major v. Buttler, Rittmeister a. D. v. Eichstädt aus Berlin; Partikulier Maurie.

Drei Kronen. Kaufleute Jäger aus Berlin, Niebe aus Regenwalde; Gutsbesitzer Hüsenett a. Schönow; Partikulier Hartwig aus Calles.

Hotel du Nord. Kaufleute Jonas a. Berlin, Lutsch aus Leipzig; Stadtrath Bernburg aus Posen; Gutsbesitzer Potowski aus Bromberg.

Hotel de Vetersburg. Schiffskapitain Reintrod aus Ewinemünde; Lieutenant Barfelt aus Wollin; Kaufmann Roff aus Vr. Minden; Mühlenbesitzer Dllwig, Köhn aus Uckermünde.

Deutsches Haus. Kaufleute Schulz, Freimann aus Berlin, Palermacher aus Nadel; Dekonom Dodenhoff aus Stegen; Partikulier Siebe aus Frankfurt; Gutsbesitzer Böttcher aus Posen.

### Innere Mission.

Heute Abend öffentlicher Vortrag in der Aula des Gymnasiums vom Predigtamts-Candidat Schwender.

### Sicherheits-Polizei.

#### Stechbrief.

Marfall (Marshall), Karl Rudolph, angeblich polnischer Flüchtling und Dieb, von Pasewalk, im Kreise Uckermünde des preussischen Regierungsbezirks Stettin, 25 bis 28 Jahre alt, etwa 5 1/2 Fuß groß, hat blonde Haare und Augenbraunen, flache Stirn, graue Augen, proportionirte Nase, breiten Mund, gute und hübsche Zähne, längliches, blaßes Gesicht, breites Kinn mit einem Grübchen, schwachen hellblonden Bart; besondere Kennzeichen: soll bisweilen, besonders im Zustande der Aufregung, in der Rede anstossen. Benehmen, frech. Kleidung: grüner Tuchrock, schwarze, neue Buckelhosen, schwarzwollene breite Mütze, blauweißes Halstuch, Weste von buntfarbigem Sammet; er trägt gewöhnlich einen Dolch bei sich.

Derselbe ist dringend verdächtig, am 5ten d. Mts., Abends von 9 bis 10 Uhr, in Jacobsthal, Bezirks-Frauenfeldt, einen Mord verübt zu haben. Nach der That soll er, laut eingegangenen Nachrichten, nach St. Gallen, woselbst er sich seit einiger Zeit als Flüchtling aufhielt, zurückgekehrt sein, und nach seinen Aeusserungen beabsichtigen, nach Bremen zu reisen, um sich von dort nach Amerika zu begeben.

Man ersucht daher, auf diesen verwegenen und gefährlichen Burschen schleunigt und auf das Sorgfältigste zu fahnden, ihn betretenden Falls, unter Abnahme aller bei ihm gefundenen verdächtigen Gegenstände, wobei man namentlich auf den oben erwähnten Dolch und auf etwa an seinen Kleidern noch vorfindliche Blutspuren aufmerksam macht, gefesselt und unter sicherer Eskorte an das Statthalteramt des Bezirks Frauenfeldt überliefern zu lassen.

Frauenfeldt, den 9ten März 1850.  
Der Chef des Landjägerscorps des Kantons Thurgau, Hanhardt, Hauptmann.

Indem wir den vorstehenden Stechbrief hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, weisen wir zugleich die sämmtlichen von uns ressortirenden Polizei-Behörden hierdurch an, auf den Marfall (Marshall) sorgfältig zu vigiliren, und für den Fall, daß derselbe irgendwo im diesseitigen Departement betroffen und angehalten werden sollte, von dessen Verhaftung sofort hierher zur weiteren Bestimmung über den Transport desselben nach Frauenfeldt Anzeige zu erstatten.

Stettin, den 22ten März 1850.  
Königliche Regierung; Abtheilung des Innern.

### Auktionen.

Im Müller Usherr'schen Hause auf der Pommerendorff'schen Anlage sollen am 30ten März c., Nachmittags 2 Uhr, männliche Kleidungsstücke, Leinwand, Betten, Möbeln aller Art, Haus- und Küchengeräth versteigert werden.

### Verkäufe beweglicher Sachen.



## Pariser Hüte

in neuester Fagon, bis zu den feinsten Qualitäten, werden zu den billigsten Fabrikpreisen verkauft in der Tuchhandlung bei

**J. L. Reiwald,**  
Reißschlägerstraße No. 121.

### Verpachtungen.

#### Rohrverpachtung.

Die Rohrnutzung am Möllensee soll auf die drei Jahre 1850 bis 1852 meistbietend hier im Rathssaale am 19ten April c., Vormittags 11 Uhr, verpachtet werden. Stettin, den 22ten März 1850.

Die Dekonomie-Deputation des Magistrats.

#### Verpachtung.

Das Erbzinsgut Friedensburg, 1/2 Meilen von Stettin, bestehend aus circa 35 M. Morgen Dornwiesen und etwa 160 M. Morgen Acker, wovon 1/2 Gerst- und 1/2 Roggenboden, Obst- und Gemüse-Gärten, allen dazu nöthigen Wirtschaftsgebäuden, etwa 1/2 Wispel Winterroggen-Ausfaat, sonst aber ohne Inventarium, soll sofort verpachtet werden, und wollen kautionsfähige Pächter sich in portofreien Briefen an mich wenden. Kaufliebhabern werden die Lage und Verkaufsbedingungen gerne mitgetheilt werden.

Finkenwalde bei Alt-Damm, den 26. März 1850.

Hauptmann v. Katt.

In Stolzenhagen bei Stettin ist eine Bäckerei und Windmühle sofort zu verpachten. Das Nähere beim Schulzen Wieleus dafelbst oder beim Förster Wiedemann auf dem Julo.

### Vermietungen.

Im Speicher No. 52 steht ein geräumiges Comtoir nebst Kabinet zur sofortigen Vermietung frei.

### Anzeigen vermischten Inhalts.

#### Die letzten Augenblicke F. W. III.

(ein Wandgemälde von 42" 32")

werden mit feinem Glase und schönem Goldrahmen billigt eingerahmt bei

**H. P. Kresmann in Stettin,**  
Schulzenstraße No. 177.

Ein bequemes gefundenes Parterre-Sommer-Logis von wenigstens 3-4 Stuben, nebst Küche und Zubehör, wird zu mietzen gesucht.

Adressen bittet man abzugeben in der Expedition des General-Anzeigers.

Eine Bäckerei in einer frequenten Gegend der Stadt wird von einem prompten Miethszahler baldigt zu mietzen gesucht, und bittet man, Adressen sub B. No. 52 in der Exped. d. Blattes abzugeben.



### Nach Königsberg

wird schleunigt expedirt das kleine, schnellregelnde Paquet-Schiff "Marie", Capt. Kenneweg, und hat noch einigen Raum für Güter.

**Gustav Metzler,**  
Schiffs-Matler.

### Anzeige.

Es wird den Mitgliedern der Gertrud-Gemeinde, welche in diesem Sommerhalbjahre eine Spargesellschaft nach dem bestehenden Statute bilden wollen, hiermit angezeigt, daß die Sparzeit vom 6ten April ab ihren Anfang nehmen und 30 Wochen währen wird. Es haben sich folgende Herren erboten, die Spargelder in Empfang zu nehmen:

- 1) Herr Bezirksvorsteher Breidsprecher.
- 2) - Partikulier Breidsprecher.
- 3) - Lehrer Dickow.
- 4) - Gasthofsbesitzer Ewald.
- 5) - Lehrer Meyer.
- 6) - Kaufmann J. Schmidt.
- 7) - Stadtrath Weinreich.
- 8) - Gasthofsbesitzer Bergien.
- 9) - Maurermeister Zieger.

Stettin, den 26ten März 1850.

Der Vorstand.  
Jonas. W. Doedel. Dickow.

### Bekanntmachung.

Zufolge Abschnitt IV. §. 38 des Statuts der Neuen Stettiner Zuder-Siederei laden wir die Herren Aktionaire zur 16ten General-Versammlung am 15ten April d. J., Vormittags 10 Uhr, in dem Geschäfts-Lokale des Instituts hiermit ergebenst ein.

Zugleich machen wir auf die Vorschriften Abschnitt IV. §. 41 und 43 aufmerksam, wonach Ausbleibende nur durch Aktionaire vertreten werden können, die sich durch schriftliche Vollmacht zu legitimiren haben, und daß die Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder in allen Fällen entscheidet.

Stettin, den 27ten März 1850.

Das Comité  
der Neuen Stettiner Zuder-Siederei.  
Simon. A. Silling. Fraissinet. Theune.  
Görlich.

Am ersten Osterfeiertage, den 31. März 1850, werden in den hiesigen Kirchen predigen:

#### In der Schloß-Kirche:

- Herr Prediger Palmé, um 8 1/2 U.
- Herr Konsistorial-Rath Dr. Richter, um 10 1/2 U.
- Herr Hofprediger Brunner, um 2 U.

Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 1 Uhr hält Herr Konsistorial-Rath Dr. Richter.

#### In der Jakobi-Kirche:

- Herr Prediger Fischer, um 9 U.
- Prediger Schiffmann, um 1 1/2 U.

Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 1 Uhr hält Herr Prediger Fischer.

- Die Leichenpredigt am Sonnabend um 4 Uhr hält Herr Pastor Schünemann.

#### In der Peters- und Pauls-Kirche:

- Herr Prediger Hoffmann, um 9 U.
- Prediger Moll, um 2 U.

Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 1 Uhr hält Herr Prediger Hoffmann.

#### In der Johannis-Kirche:

- Herr Militär-Oberprediger v. Sydow, um 9 U.
- Herr Pastor Teschendorff, um 10 1/2 U.
- Prediger Budy, um 2 1/2 U.

Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 1 Uhr hält Herr Prediger Budy.

#### In der Gertrud-Kirche:

- Herr Prediger Jonas, um 9 U.
- Herr Prediger Collier, um 2 U.

Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 2 Uhr hält Herr Prediger Jonas.

### Freie evangelische Gemeinde.

Am ersten und zweiten Osterfeiertage, Vormittags 10 Uhr, predigt im Saale der Friedrich-Wilh.-Schule: Herr Pfarrer Genzel.

### Freie christliche Gemeinde.

In der Aula des Gymnasiums predigt am ersten Osterfeiertage, den 31. März, Morgens 9 Uhr, sowie

